



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Inge Aures, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Isabell Zacharias, Martina Fehlner SPD**

Entgeltgleichheit für Frauen schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene klar zu einem Lohntransparenzgesetz zu bekennen. Dies soll die Grundlage dafür schaffen, dass das Lohngefälle zwischen Mann und Frau wirksam bekämpft werden kann.

Begründung:

In Deutschland wird über Gehälter nicht offen diskutiert. In anderen Ländern ist das anders. Tatsache ist, dass das Lohngefälle (Gender Pay Gap) zwischen Männern und Frauen deutschlandweit bei 22 Prozent liegt. Damit ist Deutschland gemeinsam mit Österreich an der Spitze in Europa. Das Lohngefälle in Frankreich und Italien liegt weit unter 20 Prozent. Dieser Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern ist ungerecht und zementiert das klassische Rollenverhalten. Ein klares Ja zu Transparenz und Auskunftspflichten ist wichtig. Denn nur so lässt sich die Basis für mehr Lohngerechtigkeit schaffen.

Frauen sind grundsätzlich benachteiligt. Sie haben zwar inzwischen die besseren Noten und Abschlüsse. Doch sind viele von ihnen in typischen schlechter bezahlten Frauenberufen tätig. Frauen arbeiten häufig in Teilzeit und schaffen selten den Sprung in Führungspositionen. Eine offen dargelegte Gehaltsstruktur könnte für Frauen eine stärkere Verhandlungsposition in den Unternehmen schaffen. Diese ist ohnehin geschwächt dadurch, dass Frauen in ihren beruflichen Biografien bedingt durch Kinder- und Erziehungszeiten Lücken haben.